

817-1116-21



An das Büro
des Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

WsR-Fraktion
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, den 10.06.2021

**Änderungsantrag zur Drucksache 817
Beteiligung am Projekt des Kreises zur Umstellung des ÖPNV auf
Brennstoffzellen-Busse
Bezug: Antrag Nr. 72 der WsR-Fraktion vom 15.10.2019**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird geändert:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt grundsätzlich, am Projekt der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft des Kreises Groß-Gerau (LNVG) im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit mitzuwirken. Ein Beitritt zum Projekt erfolgt erst durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Hierzu erstellt der Magistrat eine Vorlage, in der Rahmenbedingungen und Kosten des Projektes für Rüsselsheim dargelegt werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die alternativen Antriebstechniken für Busse im Linienbetrieb in die Fortschreibung des neuen Nahverkehrsplans (NVP) der Stadt Rüsselsheim am Main berücksichtigt werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der Antrag Nr. 72 vom 15.10.2019 der WsR Fraktion offensichtlich nicht bearbeitet wurde und somit auch nicht erledigt ist.

Begründung:

Seit Stellung des Antrages der WsR Fraktion sind nunmehr fast 2 Jahre vergangen. Weder erfolgte in dieser Zeit ein Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand seitens des Magistrates oder eine Weiterleitung an die Ausschüsse durch den Stadtverordnetenvorsteher, wie nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (§18, Abs. 7) vorgesehen:

Die Anträge werden mit der Stellungnahme des Magistrats einschließlich seiner Beschlussempfehlung sowie der Stellungnahme der zuständigen Ausschüsse spätestens ¼ Jahr nach der Verweisung des Antrages der Stadtverordnetenversammlung durch den Stadtverordnetenvorsteher/ die Stadtverordnetenvorsteherin zur Grundsatzbe-



schlussfassung weitergeleitet. Erfolgt bis zu dem genannten Termin keine Stellungnahme des Magistrats, werden die Anträge spätestens im vierten Monat nach der Verweisung des Antrages in den Fachausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Die jetzt vorgelegte Drucksache beinhaltet lediglich die vage Formulierung „an dem Projekt mitzuwirken“. Weder wurden die Kosten und Rahmenbedingungen eines Beitritts Rüsselsheims, wie im Antrag gefordert, ermittelt, noch ist überhaupt klar, ob in den letzten zwei Jahren Gespräche der Stadt mit dem Kreis hierzu stattgefunden haben. Somit bleibt leider auch offen, ob der Kreis einem Beitritt Rüsselsheims überhaupt befürworten würde. Damit ist der WsR-Antrag in keiner Weise erledigt, sondern bleibt Arbeitsauftrag an den Magistrat.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Jordi Waldner

